



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/275 - 26.11.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039890

Symptomatische Ulbricht - Rede	S. 1
Neue Moskauer Angebote an Finnland	S. 3
Österreichische Stimmen zum deutschen Schulstreit	S. 5

## Gefährliche Erstarrung

t. Die letzte Volkskammerrede von Ulbricht war das übliche Pankower Gemisch von Unterstellungen und Diffamierungen, von Drohungen, Versprechungen und alten Propagandaformeln. Ulbricht sagte einiges über die "sich verschärfende Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik", sprach jedoch mit keinem Wort über die bedrohliche Krisensituation in der Sowjetzone, mit den Engpässen in der Produktion und den wachsenden Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung. Er forderte außerdem die Einstellung aller Reparationszahlungen Westdeutschlands an die Alliierten, unter erneutem Hinweis auf die angeblich großzügige Geste der Sowjetunion, ab 1. Januar 1954 von der Sowjetzone keine Reparationsleistungen mehr zu verlangen und die Besatzungskosten zu reduzieren. Er vergaß jedoch dabei, sich über die Höhe der Reparationsleistungen der Sowjetzone an die Sowjetunion zu äußern, die bekanntlich bereits : mindestens 71 Milliarden Mark und damit die Grenze der möglichen Ausbeutung der Sowjetzone erreicht haben.

Es wurden dann noch Verhandlungen angeboten über Erleichterungen des Interzonenverkehrs zwischen der Sowjetzone und Westdeutschland, und außerdem wurden Vereinbarungen vorgeschlagen über "die Stärke, die Bewaffnung, die Verteilung und die Aufgaben der Polizei". Und schließlich als letztes wurde die

Gründung eines gesamtdeutschen Gremiums von "humanistischen" Schriftstellern, Verlegern und Wissenschaftlern gefordert, das die Voraussetzungen für die Zulassung und Vertreibung von Büchern, Zeitungen, Zeitschriften sowie Filmen prüfen soll.

Diese fünf Punkte bilden ein sogenanntes Verhandlungsprogramm, das von Pankow aufgestellt worden ist, um mit der Bundesrepublik unter dem Motto "Deutsche an einen Tisch" erneut ins Gespräch zu kommen. An die Adresse Frankreichs erklärte Ulbricht, daß es gegenwärtig in Deutschland zwei Staaten gibt: Die Bundesrepublik wurde als "Hort des wiederauflebenden deutschen Imperialismus" bezeichnet, "der zum dritten Mal den Weg der Aggression beschreitet", dagegen die Sowjetzone als die Basis eines friedliebenden Deutschlands, "das von sich aus alles tun wird, um die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich auszubauen".

Wenn man von dem propagandistischen Inhalt der Rede absieht, bleibt als Tendenz eine stärkere Akzentuierung des Status quo. Ulbricht weiß, daß die alten Formeln von Pankow "Deutsche an einen Tisch" und die stereotypen Forderungen nach Aufbau einer "provisorischen gesamtdeutschen Regierung" keine Erfolgchancen haben.

Nach dem 17. Juni und dem immer stärker werdenden Terror des Ulbrichtregimes haben sich die Gegensätze zwischen Pankow und Bonn noch mehr verschärft. Das Ulbrichtregime richtet sich auf den Status quo ein. Die Rede vor der Volkskammer war der erste Versuch, von dieser Basis her - als Staat zum Staat - zu Vereinbarungen und Gesprächen mit der Gegenseite zu kommen. Pankow will in ein staatliches Nachbarschaftsverhältnis zu Bonn kommen. Die provisorischen Konturen von Bonn und Pankow beginnen eine für die Einheit Deutschlands gefährliche Erstarrung zur definitiven Eigenstaatlichkeit anzunehmen.

Das Fünfpunkte-Programm Ulbrichts gewinnt auf diesem makabren Hintergrund der staatlichen "Koexistenz" seine eigene Bedeutung. Die Formel von den zwei Staaten, die es nach Ulbricht in Deutschland gibt, einem "aggressiven" und einem "friedliebenden" Deutschland, soll verführerisch wirken, besonders in Frankreich. Aber man kann sich schlecht vorstellen, daß diese Absicht, so plump geäußert, ihren Zweck erreicht.

+ + +

Will Kekkonen Finnlands Muschke werden ?

KHK - Helsingfors

Vor einigen Wochen wurde das damalige Minderheitskabinett Kekkonen, bestehend aus Kekkonens Agrarpartei und der Schwedischen Volkspartei, überraschenderweise vor einem sozialdemokratischen Mißtrauensantrag dadurch gerettet, daß die Kommunisten für die Regierung Kekkonen stimmten. Diese Schützenhilfe der Kommunisten nützte dem wendigen Kekkonen nicht auf die Dauer. Nachdem sich die Schwedische Volkspartei aus seiner Regierung zurückgezogen hatte, war der Fall des Kabinetts klar. Und nun hat Finnland nach langen, schmerzvollen Verhandlungen endlich eine Regierung bekommen, welche die Geschäfte zumindest bis zu den wohl in Kürze zu erwartenden Neuwahlen weiterführen kann.

Chef dieser neuen Regierung ist der Reichsbankdirektor Skari Tuomioja, ein Mann von etwa Schachts Kenntnissen und Fähigkeiten, aber ausgeprägter demokratischer Gesinnung. Außer Vertretern der Bürgerparteien hat Tuomioja eine Reihe von Fachministern im Kabinett. Die neue Regierung wird zunächst die Aufgabe haben, die weiter um sich greifende Inflation zu hemmen und sich mit den großen wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten zu beschäftigen, die sich aus dem Rückgang des finnischen Exports ergeben. Gleich am Tage ihres Antrittes wurde die neue Regierung von Moskau als "Repräsentant für die reaktionärsten Kreise Finnlands" bezeichnet, und der frühere Ministerpräsident Kekkonen unternahm einen in der Geschichte Finnlands beispiellosen Schritt mit der Absicht, die neue Regierung zu verdächtigen und sich selbst als den einzig möglichen Regierungschef hinzustellen. Der Schritt Kekkonens erklärt nun auch, warum die Kommunisten bei der oben erwähnten Abstimmung seinen Sturz verhinderten: Es ist kein Zweifel mehr daran möglich, daß Kekkonen alles tut, um als der Muschke Finnlands aufzutreten - als der Mann, auf den sich Moskau trotz seiner bürgerlichen Herkunft verlassen kann.

Kekkonen veröffentlichte im Hauptorgan der Agrarpartei, "Maakan-  
sa", Einzelheiten über Geheimverhandlungen mit der Sowjetunion. Diese  
Geheimverhandlungen hatten die Erstellung eines neuen Handelsvertrags

zum Ziele, und Finnland sollte aus diesem Vertrage nicht nur unmittelbare wirtschaftliche Vorteile schöpfen, sondern auch stärker als bisher an das Wirtschaftssystem des Ostblockes gebunden werden. Laut Kekkonens Artikel soll Finnland von der Sowjetunion eine Wiederaufbau-Anleihe bekommen; außerdem soll ein großer Teil seines Exports an die Länder des Ostblocks in West-Valuten bezahlt werden; schließlich soll Finnland den Saimaakanal für den Transport von Waren ostwärts gebrauchen dürfen.

Man nimmt in Helsingfors an, daß Kekkonen seinen Artikel geradezu im Auftrag der Sowjetunion veröffentlicht hat. Der ehemalige Ministerpräsident sprach in dem Artikel offen aus, daß kein anderer als er in Moskau das Vertrauen genieße, das zur Erstellung eines solchen für Finnland günstigen Handelsvertrages führen könne. Der Angriff Kekkonens ist ein klarer Versuch, eine Ausweitung des finnischen Handels nach dem Westen zu stoppen. So erklärt sich denn auch der Versuch der finnischen Kommunisten, den Sturz dieses verlässlichen Moskau-Mannes zu verhindern.

Der Schritt Kekkonens wird zweifellos schwere Folgen für Kekkonen selbst haben. Der Staatsgerichtshof wird untersuchen müssen, ob nicht durch die Veröffentlichung von Geheimverhandlungen ein Verbrechen gegen die Staatssicherheit vorliegt.

+ + +

#### SSD überwacht alte KPler

(sp) In einer großen Stadt der Sowjetzone haben die Funktionäre der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) die Anweisung erhalten, auf den Diskussionsversammlungen vor allem die zu überwachen und namentlich festzustellen, die negativ diskutieren. An erster Stelle sollen sofort alle ehemaligen alten KP-Mitglieder namentlich gemeldet werden, die durch ihre negative Haltung auffallen. Die Anweisung kommt vom SSD.

+ + +

Österreichische Katholiken sind erstaunt

H.G. Österreich ist ein Land, in dem fast 90 Prozent seiner Bewohner wenigstens nominell der katholischen Kirche angehören und in dem sicher ein sehr großer Prozentsatz dieser "nominellen" Mitglieder der katholischen Kirche auch aktive, praktizierende Katholiken sind. Trotzdem sind in diesem Land seit Jahrzehnten aus öffentlichen Mitteln unterhaltene Schulen christliche Gemeinschaftsschulen, in denen der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist und durch Lehrer erteilt wird, die von den Religionsgemeinschaften vorgeschlagen werden. Darüber hinaus steht es jeder Kirchengemeinschaft frei, auf eigene Kosten konfessionelle Schulen zu unterhalten.

Diese Regelung, die sich bisher über Jahrzehnte hinaus erhalten hat, hat in keiner Weise etwa dazu beigetragen, die Stellung der Kirche bei ihren Gläubigen zu erschüttern; auch die Frage einer möglichen Konfessionalisierung der Schulen hat in den bisherigen Wahlkämpfen keine Rolle gespielt. Die österreichischen Katholiken sind sich der Gefahren wohl bewußt, die sich für die Kirchen ergeben, wenn sie einseitig in den politischen Kampf eingreifen. So konnte man in der Folge Nr. 3 "Die Begegnung", Monatsschrift der Caritas der Erzdiözese Wien, folgendes in einer Betrachtung über die Bundestagswahlen vom 6. September lesen:

"Das, was der österreichische Katholik beim deutschen Wahlkampf mit Erstaunen und Verwunderung vermerken konnte, war der massive und oft sehr eindeutige Einsatz katholischer Organisationen und Institutionen. Bei den vielen Gründen, die für die Entscheidung des deutschen Volkes zugunsten der Fortsetzung der Politik Adenauers maßgebend waren, braucht man diese Stellungnahme gewiß nicht für ausschlaggebend zu halten, aber daß sie erfolgte, läßt deutlich den Unterschied zwischen Deutschland und Österreich erkennen.

Hier in Österreich hat sich die Kirche in aller Form aus den parteipolitischen Bindungen der Vergangenheit gelöst, und auch der vorjährige Katholikentag hat die Freiheit der Kirche von jedem parteipolitischen Protektorat nochmals unterstrichen. Es ist gewiß keine ungebührliche Kritik an den deutschen Verhältnissen, wenn wir hier in Österreich in aller Bescheidenheit diesen Zustand für einen Fortschritt halten, Religion und Politik, Kirche und Partei sollen nie mehr zu austauschbaren Begriffen werden. Man soll nicht mehr gegen die Kirche losschlagen, wenn man eine Partei meint, man soll sich aber auch nicht mehr auf die Religion berufen, wenn es in Wahrheit um sehr materielle Dinge geht".

In der Bundesrepublik ist man leider von solchen Erkenntnissen noch weit entfernt.

---

Verantwortlich: Peter Raunau